

Impfstoffzulassung für Kleinkinder, Rekordquartal für Google, Ende der Negativzinsen in Sicht?

Impfstoffzulassung für Kleinkinder

Für Kinder unter fünf Jahren haben die Pharmaunternehmen Biontech und Pfizer eine Notfallzulassung für ihren Coronaimpfstoff in den USA beantragt. Die Vakzine soll für Kinder im Alter von sechs Monaten bis einschließlich vier Jahren eingesetzt werden können, teilten die Firmen am Dienstag (01.02.2022) mit. Im Falle einer Zulassung durch die US-Arzneimittelbehörde FDA wäre der Impfstoff der erste, der in dieser Altersgruppe erhältlich wäre. Anfang Januar hatte die FDA bereits die Auffrischungsimpfung für Kinder ab zwölf Jahren erlaubt. Außerdem ließ sie eine Drittimpfung für Kinder zwischen fünf und elf Jahren mit einem stark geschwächten Immunsystem zu.

Rekordquartal für Google

Bei Google sind durch den Online-Boom während der Coronavirus-Pandemie und sprudelnden Werbeeinnahmen die Kassen massiv angeschwollen. Der Konzernumsatz sprang um ein Drittel auf 75,3 Milliarden Dollar in die Höhe, teilte der Google-Mutterkonzern Alphabet am Dienstag nach Börsenschluss mit. Der Konzerngewinn legte um 35 Prozent auf 20,6 Milliarden Dollar zu. Es war der vierte Rekordüberschuss in Folge. Damit übertraf Google die Erwartungen von Analysten. Die Aktie sprang im nachbarlichen Handel um gut 9 Prozent hoch. Auch die Titel von Meta, Twitter und Snap nahmen Fahrt auf. ([Manager Magazin](#))

Ende der Negativzinsen in Sicht?

Tagesgeld oder Festgeld bieten derzeit kaum Rendite. Im Gegenteil: Verwahrentgelte, auch Negativzinsen genannt, führen zurzeit sogar dazu, dass einige Kunden dafür zahlen müssen, wenn sie ihr Geld bei der Bank parken. Doch dürfte diese Praxis nach Einschätzung einiger Analysten bald ein Ende haben. Von einer „Zinswende in Zeitlupe“ spricht Ulrich Kater, Chefvolkswirt der Dekabank. Während die Zinswende in den USA tatsächlich schon eingeläutet ist, hat die EZB noch keine Zinserhöhung angekündigt. Die Frage, ob es bald keine Negativzinsen mehr geben wird, hängt damit zusammen, ob Banken künftig keine Strafzinsen mehr von 0,5 Prozent an die EZB zahlen müssen, sobald sie Gelder bei der Zentralbank parken. ([Berliner Zeitung](#))